

Litauische Rundschau

Preis Einzeln. 50 Pf.

Einzigste deutsche Tageszeitung in Litauen.
Organ der Partei der Deutschen Litauens!

Geschäftl. u. Redaktion: Kowno, Keistučių g-vė Nr. 4.
Telephon Nr. 323. Postfach Nr. 25.
Telegraphenadresse: Litru Kaunas.
Postcheckkonto Königsberg i/Pr. Nr. 13680.
Geschäftsstunden: von 8—12 Uhr vormittags u.
von 4—7 Uhr nachmittags.

II. Jahrgang.

Nr. 117.

Kowno, Donnerstag 16. Juni 1921.

Die „Litauische Rundschau“ erscheint täglich ausser Montags Abonnementpreis fürs Inland per Post und Ausgabestellen für 1 Monat — 10 M. Für 3 Monate — 30 M. Fürs Ausland für 1 Monat — 25 M. Für 3 Monate — 75 Mark.
Anzeigen kosten: die Kleinzeile oder deren Raum 3 Mark, an bevorzugter Stelle (über dem Anzeigenschnitt) 4 M. 50 Pf. Stellengesuche, Stellenangebote & Familiennachrichten 2 Mark, Preisänderungen behält sich die Redaktion vor.

Deutsche Brüder und Schwestern!

Am 19. und 20. Juni d. J., d. h. diesen Sonntag und Montag, findet die Wahl für die Kownoer Stadtverwaltung statt. Damit wir Deutsche dort auch vertreten sind, vergesst also eure Pflicht nicht und geht ALLE in die Wahllokale an den bestimmten Tagen und stimmt unbedingt ALLE für die deutsche Kandidatenliste Nr. 11. Stimmberechtigt sind beide Geschlechter von 20 Jahren ab. Sorget, dass auch eure eventuellen Kranken wählen sollen.

Kreisausschuss Kowno—Stadt.

Das Kabinett der Erfüllung und die Parteien.

Von unserem Korrespondenten.

—us. Berlin, 7. Juni 21.

Das Kabinett Wirth, oder wie es mit Recht vielfach genannt wird, das Kabinett der Erfüllung, hat sich mit Mühe und Not aus der grossen politischen Aussprache, die sich in den ersten Tagen des Juni an die Bekanntgabe der Regierungserklärung anschloss, herausgerettet. Fast schien es, als ob jetzt schon das letzte Stündlein für das neue Kabinett geschlagen habe, bevor ihm noch Gelegenheit gegeben war zu zeigen, ob es die übernommene Aufgabe nämlich die Erfüllung des Entente-Ultimatums, durchzuführen vermag. Diese Aufgabe ist ungeheuer schwer und vielleicht hat noch nie ein Kabinett überhaupt vor einer so schwierigen Aufgabe gestanden. Sind doch, um die finanziellen Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen, in den nächsten Jahren 8—8½ Milliarde Goldmark, oder mit andern Worten, rund 50 Milliarden Papiermark jährlich aufzubringen. Das Reich muss, wie der preussische Finanzminister unlängst ausführte, seine Einnahmen verdreifachen. Die Regierung ist also genötigt, ganz gewaltige Lasten auf die Schultern des Volkes zu legen.

Vor einer solchen Aufgabe sieht sich nun eine Regierung gestellt, die im Parlament nicht über eine Mehrheit verfügt. Das natürliche und gebundene wäre es gewesen, dass jene Mehrheit, die für die Annahme des Ultimatums stimmte—sie bestand aus der Unabhängigen Sozialdemokratie, den Mehrheits der Unabhängigen und einem Teil der Demokratischen Sozialisten, dem Zentrum und dem scharfen Gegensätzen Parteizersplitterung und den scharfen Gegensätzen ist eine solche Regierungsbildung unmöglich, denn die unabhängige Sozialdemokratie lehnt es grundsätzlich ab, gemeinsam mit einer bürgerlichen Partei sätzlich ab, gemeinsam mit einer bürgerlichen Partei eine Regierung zu bilden. Es blieb damals, als am 10. Mai die Antwort auf das Ultimatum abgehen musste nicht anderes übrig, als eine Minderheitsregierung zu bilden, die sich zusammensetzt aus den Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten. Es hat keineswegs an Versuchen gefehlt, die Basis der Regierung zu verbreitern und die Demokraten Wirth schon bei ihrem Eintritt in das Kabinett nur als Ueberbretton, dass sie dies Kabinett nur als ein Ueberbretton kabinett ansehen und lediglich in die Regierung einträten in der Voraussetzung, dass die deutsche Volkspartei sich nachträglich zu einer Minderheitsregierung entschliesse würde. Alle diese Versuche die Volkspartei, die ja im wesentlichen industrielle Kreise umfasst und in der der bekannte Grossindustrielle Hugo Stünnes, der „ungekrönte König“ eine sehr wichtige Rolle spielt, zum Eintritt in die Regierung zu bewegen sind gescheitert. nicht zuletzt an dem starken Gegensatz, der zwischen dieser Partei als Vertreterin der Arbeitgeberinteressen und der Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeitnehmerinteressen besteht. Die Volkspartei war umworben von zwei Seiten, Einmal von den in der

Regierung vertretenen bürgerlichen Parteien, dem Zentrum und den Demokraten und andererseits von der Opposition der äussersten Rechten, den Deutschen Nationalen, den Nachfolgern der Konservativen, die einen Abmarsch in die Opposition der Volkspartei als das erstrebenswerte Ziel sich hinstellen bemühten.

Die Lage für das Kabinett Wirth war unter solchen Umständen von vornherein ausserordentlich schwierig. Gewiss war auch die vorige Regierung, das Kabinett Fehrenbach, das sich aus Zentrum, Demokraten und Volkspartei zusammensetzte, eine Minderheitsregierung. Einmal aber konnte das Kabinett der wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokraten sicher sein und andererseits stand es nicht vor einer so ungeheuren Aufgabe wie das Kabinett Wirth. Die erste Belastungsprobe für das Kabinett Wirth trat denn auch schon bei der Entwicklung des Regierungsprogramms ein. Da die Bildung des Kabinetts seiner Zeit mit ausserordentlicher Schnelligkeit erfolgen musste, um die im Ultimatum gestellte Frist nicht zu überschreiten, so konnte das Kabinett erst jetzt, nach dem auch noch die offenen Ministerposten besetzt waren, sein Programm entwickeln. Der Kanzler hat geglaubt, das Programm zusammenfassen zu können in die Worte Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung. Er war aber natürlich nicht in der Lage, bereits jetzt genaue Pläne für die Abführung der ungeheuren Lasten vorzulegen, sondern konnte nur allgemein gehaltene Richtlinien angeben. Unter diesen Umständen konnte keine Partei, die nicht um jeden Preis Opposition betreibt ein Interesse daran haben, dass das Kabinett gestürzt wird. Die Opposition von links, die Kommunisten, und die Opposition von rechts, die Deutschen Nationalen, hatten jede Partei für sich ein Misstrauensvotum eingebracht. Die Regierungsparteien hatten, nachdem man sich anfangs mit einer einfachen Ablehnung des Misstrauensvotums begnügen wollte, aus verfassungsrechtlichen Bedenken heraus doch noch eine Formel eingebracht, in der der Reichstag erklärt, dass er die Erklärung der Regierung zur Kenntnis genommen habe und damit einverstanden sei, „dass die Regierung alles daran setze, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen“. Es war selbstverständlich, dass die Regierungsparteien dieser Tagesordnung zustimmen würden, und zweifelhaft war nur die Haltung der Unabhängigen und der Volkspartei. Die Unabhängigen stimmten geschlossen für die Erklärung, die Volkspartei enthielt sich der Stimme, obwohl ihr Führer Stresemann noch in der Debatte erklärt hatte, es sei Pflicht eines jeden, der Regierung bei der Erfüllung des Ultimatums zur Seite zu stehen. Immerhin genügt die Stimmenthaltung, um das Kabinett Wirth am Ruder zu belassen.

Damit ist zunächst der Weg frei für die Ausarbeitung des grossen Steuer- und Wirtschaftsprogramms, aber man wird nicht sagen können, dass diese Lösung als eine endgültige zu betrachten ist. Die Hauptkämpfe müssen sich nun um das Steuerprogramm entwickeln und es gibt hier nur zwei Möglichkeiten: entweder es gelingt in dem heutigen Reichstag eine grosse und zuverlässige Mehrheit für die Regierung zu schaffen, wofür die Aussichten nicht allzu gross

sind, oder aber die Regierung muss an das Volk appellieren und Neuwahlen ausschreiben, um so zu einer zuverlässigen Mehrheit zu kommen. Der innerpolitische Horizont ist also von dunklen Wolken verhangen und wenn es auch vielleicht gelingt, die Sommermonate, in denen ja nur wenige Sachen im Parlament erledigt werden, mit wechselnden Mehrheiten auszukommen, so sind für den Herbst doch schwere Kämpfe zu erwarten und es ist mehr als fraglich, ob es gelingt um die Auflösung des Reichstages und um Neuwahlen herum zu kommen.

Polen.

Wahlentwurf für den Seim.

Die Regierung legt dem Seim folgenden Wahlentwurf für den neuen Seim vor: „Die Wahlen spielen sich kreisweise ab: vorgesehen sind 58 Kreise, welche durchschnittlich 400—500000 Wähler umfassen. Von vornherein ist die Anzahl der Abgeordneten nicht zu bestimmen, da immer auf 25000 Wähler ein Abgeordneter kommen wird. Stimmen 60 Proz. aller Wähler ab, so dürften 312 bis 324 Abgeordnete, bei 80 Proz. Abstimmung 418 bis 433 Abgeordnete in den neuen Seim einziehen.“

Der Übermut der polnischen Regierung geht doch wirklich schon ein bisschen zu weit. Freudenstrahlend verkündet der Warschauer Radio, wie die „Elta“ meldet, dass von den gegenwärtig in Opatow geführten Verhandlungen der Frieden von ganz Europa abhängen werde. Es gewinnt beinahe den Anschein, als habe Polen ein Interesse daran, weitere Verwicklungen in Europa herbeizuführen. Man weiss nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über die Schamlosigkeit oder über die Naivität Polens.

Inzwischen scheint sich auch das Verhältnis zwischen England und Polen nicht gerade gebessert zu haben. Es ist bezeichnend, dass der englische Gesandte in Warschau, wie „Daily Express“ meldet, mit seiner Abreise von Warschau drohen muss, um Gunguierung für das Verhalten der Polen gegenüber den Beamten des englischen Konsulats zu erzwingen. Bekanntlich hatten die Polen die Beamten des englischen Konsulats festgenommen. England verlangt nun, dass der Vorsitzende des polnischen Feldkriegsgerichts sich entschuldige, andernfalls der englische Gesandte Warschau verlassen werde. Der gute Ton ist halt auch im Leben der Nationen etwas, was mehr oder weniger angeboren sein muss.

Inzwischen geht Polen wirtschaftlich immer mehr dem Nullpunkt entgegen. Das Wirtschaftsbarometer sinkt weiter und weiter. Während die polnische Mark 1919 noch den gleichen Stand aufwies wie die deutsche Reichsmark, sank sie im Laufe der weiteren beiden Jahre beständig und ist nun glücklich auf dem Stande von 4 1/8 Pfennigen angekommen. Wie lange noch, und man wird, wie in Sowjetrussland, das Geld nur noch wiegen. Der

Umlauf an Papergeld beträgt bereits heute 90 Milliarden, aber es wird weiter gedruckt. Papier und Notenpresse sind ja geldig. Nur die kleinen Scheine wird man nicht mehr herstellen; sie machen sich nicht bezahlt.

Nach einem Warschauer Funkspruch hat die polnische Regierung die Heeresleitung in „Mittel-Litauen“ ermächtigt, an die aus dem Heeresdienste entlassenen Soldaten in den Bezirken Disna, Danilowitsch und Wolozyna Land zu verteilen.

Wilna.

Der Völkerbundsrat, dessen neue Tagung am 17. Juni beginnt, wird am 22. oder 23. Juni den Bericht Hymans' über die Verhandlungen in Brüssel entgegennehmen. Dem Vernehmen nach wird der Völkerbundsrat eine Entscheidung über die Beilegung des litauisch-polnischen Konflikts treffen.

Memelland.

MEMEL, 8. 6.

In der gestrigen Sitzung des Staatsrates des Memelgebiets wurde erstmalig der Etat beraten. Er balanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 102 704 464 Mark und schliesst ohne Fehlbetrag ab. Der Haushaltsplan bringt, laut „Dampfbote“, den Beweis, dass das Memelgebiet finanziell selbständig wirtschaften kann. Der Vizepräsident des Staatsrates Kraus verglich den memelländischen mit dem litauischen Etat. Litauen habe bei einer Bevölkerung von 2 Millionen, also bei einer dreizehnmal so grossen Bevölkerung, einen vierzigmal so grossen Etat wie das Memelgebiet. Für kulturelle und soziale Zwecke enthält der memelländische Etat 20 Millionen, darunter für Schulwesen 13 Millionen, Anstalten- und Armenwesen 1,34 und für soziale Fürsorge 5,25 Millionen, der litauische nur 22 Millionen, oder rund 11 Mark je Kopf gegenüber 115 Mark je Kopf im Memelgebiet. In seiner Rede sagte Vizepräsident Kraus noch, der Oberkommissar habe ihn ermächtigt, zu erklären, dass er jederzeit bereit gewesen sei, und es jetzt mehr denn je sei, jedem Nachbarland die Hand zu reichen, um wirtschaftliche Verträge abzuschliessen, und der Vizepräsident fügte hinzu, wir wollen in freundschaftlichen Beziehungen mit allen Nachbarstaaten leben, wollen aber auch ebenso bestimmt

zum Ausdruck bringen, dass wir politisch unsere Selbständigkeit beanspruchen, damit die 700jährige bodenständige Kultur zu ihrem vollen Recht kommt. Der Präsident des Memelgebietes Altenberg drückte den Wunsch aus, dass die Botschafterkonferenz bei der Entscheidung über die Zukunft des Memelgebiets sich von den Wünschen und Interessen der weit überwiegenden Mehrheit seiner Bewohner leiten lassen möge. Der Etat wurde gegen die Stimmen dreier grosslitauischer Staatsräte angenommen. Seitens der drei grosslitauischen Staatsräte, die Obstruktion zu treiben versuchten, wurde erklärt, dass der Etat keine Gewähr für die Lebensfähigkeit des Memelgebietes gebe und gewissermassen ein Scheinetat sei. Einer der Grosslitauer führte aus, er hoffe nicht, dass das Memelgebiet ein selbständiger Staat werde.

Nach einem Bericht des Sonderberichterstatters der „Elta“ aus Memel, hat die polnische Regierung durch ihren Konsul das Haus Siederhuk 6/7 in Memel angekauft. Das Haus soll für die Unterbringung des polnischen Konsulats und einer Handelsvertretung bestimmt sein. Der Preis beträgt eine halbe Millionmark.

Zur Memeler Spielbankangelegenheit

geht uns, so schreibt das „Memeler Dampfboot“, von dem hiesigen Vertreter des litauischen Finanz-, Handels- und Gewerbeministeriums folgende Zuschrift zu:

„In der Zuschrift weiss der Memeler Magistrat zu berichten, dass die litauische Regierung eine Spielbank in Polangen zu eröffnen beabsichtigt und dieses nur dann, wenn Memel eine solche nicht einrichten würde. Diese Angaben des Memeler Magistrats beruhen durchweg auf Irrtum. Die litauische Regierung hat nie daran gedacht und noch heute liegt es ihr durchaus fern, eine Spielbank einzurichten oder jemanden die Genehmigung zur Einrichtung weder in Polangen noch an einem anderen Orte Litauens zu geben. Das litauische Budget steht auf festem Boden und solche Einrichtungen zu treffen, um dem Budget aufzuhelfen, die gegen die Autorität der Regierung dem Volke gegenüber sprechen würden, hat Litauen nicht notwendig.“

Wir finden den letzten gegen den Memeler Magistrat gerichteten Satz eines Vertreters einer auswärtigen Macht reichlich deplaziert. Die Kritik an unseren einheimischen Behörden besorgen wir Einheimischen schon selbst, falls es uns erforderlich erscheint.

Zuschrift an die Schriftleitung.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ersuche Sie um Aufnahme folgender Zeilen, die fast wörtlich übereinstimmen mit einem Schreiben, das ich an den Zentralausschuss der Deutschen Partei gesandt habe:

In der „Litauischen Rundschau“ vom 2. Juni findet sich die Darstellung einer Reise, die der Seim-Abgeordnete Herr von Büchler im Interesse der Partei der Deutschen Litauens am 29. Mai nach Janischki gemacht hat. Die Schuld daran, dass er unverrichteter Sache hat zurückkehren müssen, wird dem Schaulenschen Kreisausschuss und mir beigemessen. Dazu erlaube ich mir Folgendes zu bemerken: Zu der am 29. Mai in Aussicht genommenen Versammlung hatte ich schriftlich und mündlich aufgefordert. Ich selbst, der ich mit Pferden 50 Werst bis Janischki zu fahren habe, traf ungefähr um 1/210 Uhr vormittags bei der evangelischen Kirche ein. Noch vor dem Gottesdienst erfuh ich, dass um 1 Uhr in der lettischen Volksschule eine lettische Versammlung stattfinden werde, die Lehrerin aber uns ihre Wohnung zur Verfügung stelle. Ich hielt zuerst den lettischen, dann den deutschen Gottesdienst, der zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags zu Ende war. Da die Zahl der Deutschen in und um Janischki eine sehr geringe ist, so waren auch nur wenige zum Gottesdienste gekommen. Nach Schluss desselben sprach ich mit ihnen. Das Resultat der Besprechung war: Es scheint ausgeschlossen, dass Herr von Büchler sich in Janischki befindet. Sonst wäre er in die Kirche gekommen oder hätte dorthin Nachricht gesandt, denn in der Kirche musste ich zu finden sein. Sollte aber Herr von Büchler direkt in die Volksschule gegangen sein, so hätte er dort das Nötige über die deutsche Versammlung erfahren und wäre daraufhin in die Kirche gekommen. Der Grund des Nicht-Erscheinens aber war wohl der — so nahmen wir an —, dass die Erlaubnis durch den Schaulenschen Kreisausschuss nicht hatte beschafft werden können. Die 6 Personen, die gekommen waren, verliessen die Kirche. Ich war noch ungefähr 1 Stunde in der Sakristei beschäftigt und hatte sodann eine Amtsfahrt aufs Land. Dem Herrn Seim-Abgeordneten, der für eine gute Sache wirken wollte, wäre gewiss ein besserer Empfang zu teil geworden, wenn es schon Mitglieder der Deutschen Partei in Janischki gegeben und ich die Möglichkeit gehabt hätte, schon früher in Janischki einzutreffen.

Pastor Th. Kupffer.

Sawary, den 10. Juni 21.
Adresse: Pistas Akmene—Sawnorial.

**Osteuropäische
Wirtschafts-Zeitung**
Industrie-, Export- und Handels-Zeitung
Organ des Deutsch-Russischen Vereines zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen,
des Deutsch-Polnischen Vereines und des Deutsch-Litauischen Vereines
Herausgeber: M. Eusemann
Schriftleitung: Syndikus R. Glanz und Dr. Herbert Prindall

**Die Grösste!
Die Beste!
Die Führende!**

2. Jahrgang 1921 Wöchentlich ein Heft
Für Behörden, Industrielle, Kaufleute, Handwerker und Landwirte in Danzig, Memel, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Ukraine, Georgien und Rußland kostenlos.
Bezug durch sämtliche deutschen Postanstalten vierteljährlich 25 Mark.
Für das valutastärke Ausland obligatorischer Valutazuschlag von 60—100 Prozent.
Probhefte und Inseratofferten kostenlos durch den Verlag:
Akt.-Ges. für Druck u. Verlag Fritz Würtz, Berlin S 14

ZAHNAERZTIN
Helene Rittenberg
Praktikantin der Berliner
Zahnärzte-Akademie.
Sprechst. von 10-2 und
4-7. Dankamtstr. 7 (Bazarstr.)
232

Dr. G. Sakowitsch.
Spezialarzt für Ohren-Nasen u. Halskrankheiten.
Maironig-ve6 Sprechst.
144 v. 11-1 u. 4-6.

Dr. W. GEFFEN
Innere u. venerische Krankheiten. Laisves Aleja Nr. 84
Telef. 277.
Sprechstunden 1-2 u. 5-7

Junger Deutscher
philosophisch u. literarisch gebildet, wünscht Bekanntschaft mit Landsleuten.
W. Adressen erbeten unter E. B. 1 an Exp. d. Bl.
352

Dr. Woldemar von Berg
Syphilis, Urologie u. Dermatologie. Sprechstunden v. 4-6.
Kowno, Vytauto prosp. 21.
362

DIE WIRTSCHAFTS-GENOSSENSCHAFT

„LIETUVOSEXPOR-TAS“
„IMPORTAS“

empfiehlt zu angemessenen Preisen aus ihrer Schneidmühle in Žosle:

Balken, Schwellen, Planken, Bretter, Latten in der versch. Stärken, Breiten und Längen.

Grosses Lager in Zaunpfählen u. Staketentlatten, Leisten u. Spähnen zum Verputzen von Wänden und Decken.

Ausführung von Aufträgen auf Schnitzarbeiten.

Schnelle und gewissenhafte Lieferung.

Auftraege und Anfragen werden entgegengenommen in dem Geschaeftszimmer der Gesellschaft im

Hotel „METROPOL“
Kowno, Laisves Aleja 44.
362

Zeitungs-Ausschnitte

liefern über jedes Gebiet für Gelehrte, Künstler, Schriftsteller, Fachzeitschriften, Finanziers, Grossindustrielle, Behörden etc. etc.

Klose & Seidel, Bureau für Zeitungs-Ausschnitte.
BERLIN NO. Georgenkirchplatz 21.
Mässige Preise! Sorgfältige Bedienung
90

Gebr. Wichmann
BERLIN, N.W. 6. KARLSB. U.
SEIT 1873

Rechenstäbe aller Systeme

Unsere Post-Abonnenten

bitten wir um frdl. Überweisung der rückständigen Abonnements-Gelder.

Die Expedition.